

CDU: Ja zu Abrüstung und Sicherheit

**Erstmals seit Kriegsende ist echte Abrüstung möglich:
Die Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite in Europa sollen
verschrottet werden.**

■ Diese Null-Lösung ist ein großer außenpolitischer Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl. Sein geradliniger Kurs hat sich gelohnt. Seit 1981 ist die CDU für die vom Westen vorgeschlagene Null-Lösung eingetreten. Jetzt hat die Sowjetunion die westliche Position übernommen. Die Voraussetzung dafür war die Festigkeit der Regierung Helmut Kohl beim NATO-Doppelbeschluß. Das gibt sogar Helmut Schmidt zu. Die SPD war nicht nur gegen den NATO-Doppelbeschluß, sondern seit 1982 auch gegen die Null-Lösung. Erst als die Sowjetunion die Null-Lösung akzeptierte, schwenkte auch die SPD hierauf ein.

■ Auch über die Abrüstung der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite muß verhandelt werden. Bis jetzt liegt kein schriftlicher Vorschlag der Sowjetunion hierzu auf dem Tisch. Es gibt nur widersprüchliche sowjetische Erklärungen. Ziel dieser Verhandlungen muß ein Mehr an Sicherheit für unser Land sein. Voraussetzung dafür ist, daß auch bei den Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite ein ausgewogenes Gleichgewicht besteht.

■ Wir wollen nicht nur Raketen abrüsten, sondern auch Panzer. Die Sowjetunion besitzt in Europa eine große Überlegenheit bei Panzern, Geschützen, Flugzeugen und anderen konventionellen sowie bei den chemischen Waffen. Kein anderes westliches Land wird von der Überlegenheit dieser sowjetischen Waffen stärker bedroht als wir. Deshalb muß der Abbau atomarer Waffen mit dem Abbau des konventionellen Übergewichts der Sowjetunion verbunden werden.

■ Wir wollen die Fortsetzung des politischen Dialogs mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten sowie die Einhaltung der Menschenrechte. In den zurückliegenden Wochen wurden wichtige Regierungsabkommen geschlossen: In der Technologie-, Gesundheits- und Agrarpolitik. Führende sowjetische Regierungsmitglieder kamen zu Gesprächen nach Bonn. Auch mit anderen osteuropäischen Ländern stehen wir im intensiven Dialog; der tschechoslowakische Außenminister Chnoupek ist diese Woche in Bonn, der bulgarische Parteichef Schiwkoff wird demnächst Bonn besuchen.

Wir reden mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten auch über die Einhaltung der Menschenrechte. Dauerhafte friedliche Beziehungen können nur gedeihen, wenn auch in Osteuropa die Menschenrechte respektiert werden.

Die SPD redet von Abrüstung und vergißt unsere Sicherheit. Damit gefährdet sie unsere Freiheit. Für die CDU gehören Frieden und Freiheit untrennbar zusammen. Deshalb sagen wir: Ja zu Frieden und Freiheit — Ja zu Abrüstung und Sicherheit.

Unsere Erfolge in der Abrüstungspolitik

Die seit Reykjavik in Aussicht stehende Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite ist ein Beispiel für unsere erfolgreiche Abrüstungspolitik. Die CDU hat versprochen, sich in Ost und West für einen stabileren Frieden mit immer weniger Waffen einzusetzen. Heute können wir als Erfolge dieser Sicherheits- und Abrüstungspolitik bilanzieren:

- a) Die Null-Lösung bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite, also die vollständige Beseitigung einer ganzen Waffenkategorie, ist in greifbare Nähe gerückt. Es erscheint als durchaus realistisch, daß es hierzu in diesem Jahr ein Abkommen geben wird.
- b) 2400 Atomwaffen werden bis 1989 aus Westeuropa abgezogen. Dem steht bisher kein vergleichbarer Schritt der Sowjetunion gegenüber. Bereits heute ist weit mehr als die Hälfte dieser atomaren Waffen aus Europa verschwunden, außerdem 108 amerikanische Pershing-I-Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite. Damit haben die Vereinigten Staaten von Amerika einseitig ihre Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in Europa abgebaut. Wir haben derzeit in Westeuropa den niedrigsten Stand der Nuklearrüstung seit mehr als 20 Jahren.
- c) Die vollständige Beseitigung der auf deutschem Boden lagernden chemischen Waffen wird bis Ende 1992 erfolgen, ohne daß dafür auch nur eine neue chemische Waffe hier stationiert wird. Dies ist ein Schritt einseitiger Abrüstung, dem die Sowjetunion bisher nicht gefolgt ist.
- d) Die Bundesregierung hat wesentlich zu dem erfolgreichen Abschluß der Stockholmer KVAE beigetragen, in der — erstmals in der Geschichte — der Sowjetunion für die Überprüfung ihrer Vertragstreue das Recht auf obligatorische Inspektionen vor Ort abgerungen werden konnte. Bis dahin hatte der Osten dies als „Spionagemassnahmen“ abgelehnt.
- e) Über den Abbau der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes werden in Wien Gespräche zwischen den Bündnissen geführt. Ziel ist die

Pressestimmen zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 7. Mai 1987

- *Behutsamkeit und Verantwortung waren die Schlüsselworte seiner Regierungserklärung. (Saarbrücker Zeitung)*
- *Es wäre in der Tat voreilig, eine deutsche Antwort schon jetzt zu formulieren oder gar, wie die SPD dies will, das Angebot der UdSSR ohne Wenn und Aber gleich zu akzeptieren. (Stuttgarter Zeitung)*
- *Die Regierungserklärung war auf Abwarten gestimmt. Gorbatschows letzter Abrüstungsvorschlag ist noch unklar. (Frankfurter Allgemeine Zeitung)*
- *In Washington ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Kohl tut gut daran, abzuwarten. (Frankfurter Neue Presse)*
- *Eine Entscheidung der Bundesregierung über ihre Haltung wäre zu diesem Zeitpunkt unverantwortlich. (Passauer Neue Presse)*
- *Wer für ein raketenfreies Europa plädiert, verkennet, daß die Warschauer-Pakt-Staaten gleich mehrfach im Vorteil sind. (Offenbacher Post)*
- *Nur ein einiges Bonn, nur ein einiges Europa hat die Chance, seine Sicherheitsinteressen geltend zu machen. (Münchener Merkur)*
- *Die neue Linie der sowjetischen Politik darf nicht zu einer blindgläubigen Abrüstungs-Euphorie führen. (Rheinpfalz)*
- *Es wäre unverantwortlich, gerade dem von Gorbatschow vertretenen System gegenüber auf bloße Versprechungen zu bauen, um im Eilverfahren Instrumente unserer Sicherheit wegzuworfen. (Rheinischer Merkur)*

Und so denkt das Ausland: Warnung vor doppelter Null-Lösung

Der **französische Premierminister Jacques Chirac** erklärte, „daß sich Frankreich dem Vorschlag zum Abbau der Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite wie SS 20, Pershing und Marschflugkörpern anschließe. Darüber hinaus stehen wir den Vorschlägen für weitere Null-Lösungen äußerst reserviert gegenüber.“ (dpa, 3. Mai 1987)

Der **belgische Premierminister Wilfried Martens** erklärte, wie die Bundesregierung Helmut Kohl „trete seine Regierung für ein Abkommen über den völligen Abbau der weiterreichenden Raketen möglichst noch in diesem Jahr ein. Über die Raketen zwischen 500 und 1 000 Kilometern solle in einer angemessenen Zeit verhandelt werden. Ferner wünsche seine Regierung Abrüstung der chemischen Waffen sowie im konventionellen Bereich.“ (dpa, 6. Mai 1987)

Herstellung konventioneller Stabilität in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural. Auch dieses Angebot der NATO geht auf eine deutsch-französische Initiative zurück.

f) Auf allen Gebieten im Abrüstungsdialog zwischen West und Ost hat die Bundesregierung eigene Vorschläge unterbreitet und dafür gesorgt, deutsche Interessen im Abrüstungsdialog zu berücksichtigen. Unsere wichtigsten aktuellen außenpolitischen Ziele sind die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau — unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.

Die falschen Behauptungen der SPD

Die SPD unterstellt,

daß die Bundesregierung „Abrüstung ... zu verhindern versucht“. (Hermann Scheer, Deutscher Bundestag, 7. Mai 1987, Plenarprotokoll, S. 563)

Richtig ist:

Die CDU ist keine Auf- oder Nachrüstungspartei, sondern sie will Abrüstung in Sicherheit. Die CDU hat entscheidenden Anteil daran, daß mit der Null-Lösung bei den Raketen über 1 000 Kilometern Reichweite die Abrüstung einen großen Schritt vorankommt. Die SPD hat diese Null-Lösung bis zum Gipfeltreffen in Reykjavik erbittert bekämpft.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den von Helmut Schmidt veranlaßten NATO-Doppelbeschluß verwirklicht und damit den Weg zu den jetzigen erfolgversprechenden Abrüstungsverhandlungen geebnet. Das Ergebnis unserer Politik, die wir gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchgehalten haben, ist ermutigend: Zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte ist es zu ernsthaften Abrüstungsverhandlungen zwischen den Weltmächten gekommen. Die CDU begrüßt das als einen bedeutenden Erfolg.

Die SPD sagt:

„Wir wollten und wir wollen null.“ (Egon Bahr, Deutscher Bundestag, 7. Mai 1987, Plenarprotokoll, S. 546)

Richtig ist:

Die SPD lehnte seit 1982 den westlichen Null-Vorschlag ab und unterstützte den sowjetischen Kurs gegen die westliche Null-Lösung. Die Begründung:

Eine Null-Lösung sei der Sowjetunion nicht zumutbar. (Egon Bahr, zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. August 1983)

Noch auf ihrem Nürnberger Parteitag 1986 forderte die SPD die Rücknahme der westlichen Nachrüstung und gestand der Sowjetunion rund 140 SS-20-Raketen und damit eine Überlegenheit von 420 zu null Sprengköpfen zu. Die SPD war somit wenige Wochen vor Reykjavik bereit, sich in der Abrüstung mit weniger zu begnügen, als die Sowjetunion kurze Zeit später freiwillig anbot.

Die SPD wirft der Regierung Helmut Kohl vor,

daß sie die Prüfung des sowjetischen Vorschlages einer doppelten Null-Lösung „abhängig macht von der Kenntnis eines sowjetischen Formulierungsvorschlags“. (Egon Bahr, a. a. O.)

Die CDU sagt dazu:

Die Verantwortung gegenüber unserem Volk gebietet eine sorgfältige Prüfung aller Details der verbindlichen schriftlichen Vorschläge der Sowjetunion. Denn wir können nicht aufgrund mündlicher Erläuterungen, deren letzter Sinn nicht genau feststeht, rüstungskontrollpolitische Grundsatzentscheidungen treffen. Wir können nicht aufgrund von Agenturmeldungen für unsere Sicherheit entscheidende Weichen stellen.

Zwischen den sowjetischen Erklärungen von Moskau und Genf und den Erläuterungen, die die Bundesregierung erhalten hat, bestehen Unterschiede. Das zeigt, wie berechtigt die Erwartung der Bundesregierung ist, daß die Sowjetunion ihre Haltung auch zu diesem Bereich schriftlich einbringt. Nur dann ist eine verantwortungsvolle Prüfung möglich.

Jede voreilige Entscheidung wäre verantwortungslos. Denn die Abrüstungsgespräche der Weltmächte, die wir mit herbeigeführt haben und begrüßen, enthalten Risiken, die wir begrenzen müssen. Sie enthalten aber auch große Chancen für den Frieden und für die Einheit Europas. Deshalb müssen wir uns nach dem richten, was uns nach sorgfältiger Analyse und gewissenhafter Prüfung als richtig erscheint.

Die SPD fordert

Null-Lösungen bei allen Nuklearsystemen bis auf 150 km Reichweite herunter. (Egon Bahr, a. a. O., S. 547)

Die CDU sagt dazu:

Weder die einfache Null-Lösung noch die doppelte Null-Lösung würde die

atomare Bedrohung unseres Landes beenden. Dies gilt auch für die Forderung der SPD nach Abschaffung aller Atomwaffen bis herunter auf eine Reichweite von 150 km. Denn dann gäbe es in Europa nur noch Kurzstreckensysteme, die nahezu ausschließlich auf deutschem Boden diesseits und jenseits der Zonengrenze explodieren könnten: Je kürzer die Reichweiten, desto deutscher die Wirkung.

Die SPD leugnet

die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes und behauptet: „Eine solche Überlegenheit von 3:1 gibt es nicht.“ (Hermann Scheer, Deutscher Bundestag, 7. Mai 1987, Plenarprotokoll, S. 564)

Richtig ist:

Alle seriösen Forschungsinstitute, die sich mit dem militärischen West-Ost-Kräfteverhältnis beschäftigen, bestätigen die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes. (Vgl. zum Beispiel: The Military Balance, 1986/87; hrsg. vom Internationalen Institut für Strategische Studien, London)

Weil die konventionelle Überlegenheit des Ostens so bedrohlich ist, muß sie abgebaut werden. Wer diese Überlegenheit leugnet, trägt dazu bei, den Abbau zu verhindern.

Die SPD sagt/unterstellt,

die Bedenken der CDU gegen die doppelte Null-Lösung, die den amerikanischen Verbündeten in den Beratungen vorgetragen wurden, entsprächen einer „Haltung des blanken Anti-Amerikanismus“. (Hans-Jochen Vogel, Deutscher Bundestag, 7. Mai 1987, Plenarprotokoll, S. 532)

Dazu sagt die CDU:

Es gehört eine große Portion Unverfrorenheit dazu, der CDU und der Bundesregierung „Anti-Amerikanismus“ zu unterstellen. Keine Partei — mit Ausnahme der Grünen — hat in den vergangenen Jahren das deutsch-amerikanische Verhältnis durch Diffamierungen der amerikanischen Politik und vor allem des amerikanischen Präsidenten solchen Belastungsproben ausgesetzt wie die SPD. Während Egon Bahr sich noch vor einem Jahr offenbarte: „Ich hatte vor einigen Jahr mehr Sorge vor der Sowjetunion, ich habe heute mehr Sorge vor den Amerikanern“, wurden „aus ressentiment-geladenen Kritikern der Regierung Reagan über Nacht glühende Anhänger der amerikanischen Politik“. (Frankfurter Neue Presse, 8. Mai 1987)

CDU und Bundesregierung sind in den vergangenen Jahren immer wieder als selbstbewußte Partner der Vereinigten Staaten aufgetreten, die deutsche Interessen in Washington würdig vertreten. Auch dort, wo wir mit den Amerikanern nicht einer Meinung waren, haben wir keinen Zweifel daran gelassen, daß die deutsch-amerikanische Partnerschaft Grundpfeiler unserer Sicherheit und Freiheit ist und bleibt.

Die SPD fordert,

die „Gefahr einer neuen Nachrüstung (zu) beseitigen“. (Egon Bahr, Deutscher Bundestag, 7. Mai 1987, Plenarprotokoll, S. 548)

Dazu sagt die CDU:

Die CDU will keine Nachrüstung, sondern Abrüstung. Dies gilt nicht nur für die Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite in Europa, sondern auch für die übrigen Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite. Diese Systeme wollen wir ebenso abrüsten wie die Panzer und Flugzeuge. Über das endgültige Ausmaß solcher Reduzierungen muß verhandelt werden.

Das konventionelle Übergewicht des Warschauer Paktes

	NATO	Warschauer Pakt	Verhältnis
1. Gesamte Mannschftsstärke:	5,092 Mill.	6,290 Mill.	1 : 1,23
davon haben volle Kampfstärke:	1,858 Mill.	2,704 Mill.	1 : 1,46
2. Divisionen in Friedenszeiten:	38	90	ca. 1 : 2,3
3. Kampfpanzer	20 314	46 610	1 : 2,29
4. Artillerie (Geschütze)	8 974	24 035	1 : 2,68
5. Kampfhubschrauber	714	2 085	1 : 2,9
6. Kampfflugzeuge	452	1 075	1 : 2,38

(Quelle: The Military Balance 1986/1987, herausgegeben vom Internationalen Institut für Strategische Studien, London 1986)

Die SPD übernimmt sowjetische Auffassungen Ausstieg aus dem Doppelbeschluß und Übernahme der sowjetischen Forderung nach Nachrüstungsverzicht

Bereits bevor das Bündnis den Doppelbeschluß am 12. Dezember 1979 faßte, hatte sich die SPD auf ihrem Berliner Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 dafür ausgesprochen. (Beschlüsse zur Außen-, Deutschland-, Friedens- und Sicherheitspolitik, S. 21)

Bereits ein Jahr später aber forderten führende Sozialdemokraten in einem Appell an SPD-Vorstand, SPD-Bundestagsfraktion und Bundeskanzler Schmidt, ein „Zeichen zur Umkehr“ und „die Rücknahme des NATO-Beschlusses“. (Zitiert nach DIE NEUE, 11. Dezember 1980, S. 3)

Im Sommer 1981 verlangten die SPD-Landesverbände Schleswig-Holstein, Bremen, Saarland und die Bezirksverbände Hessen-Süd und Ostbayern die Aufhebung des Berliner Parteitagsbeschlusses.

Im April 1982 bereitete der Münchener Bundesparteitag den Ausstieg vor: „Es darf keine Stationierung auf deutschem Boden geben, bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse festgelegt hat.“ (Beschluß zur Außen- und Sicherheitspolitik, SPD-Parteitag München, 19. bis 22. April 1982)

Nach dem Sturz von Bundeskanzler Schmidt, dem Initiator des Doppelbeschlusses, bekamen die Gegner des Doppelbeschlusses in der SPD endgültig Oberwasser. Oskar Lafontaine: „Die SPD hat den Nachrüstungsbeschluß der NATO nie mitgetragen.“ (Bunte Illustrierte, 28. Juli 1983)

Gemeinsam mit der sogenannten Friedensbewegung und mit politischer Unterstützung der Sowjetunion forderte die SPD bis zum Herbst 1983 den Verzicht auf die Nachrüstung. Auf ihrem außerordentlichen Parteitag am 18./19. November 1983 in Köln beschloß die SPD endgültig die Ablehnung der Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckensystemen — trotz des Scheiterns der vom Westen mit Zähigkeit geführten Verhandlungen mit der Sowjetunion. Der Kölner Parteitagsbeschluß brach endgültig mit der Sicherheitspolitik Helmut Schmidts.

Der zweifache Umfall der SPD bei der Null-Lösung

Die SPD ist seit 1982 bei der Null-Lösung für die atomaren Mittelstreckenwaffen zweimal umgefallen — und zwar immer dann, wenn die Sowjetunion ihren Kurs änderte.

Erster Unfall:

Bereits im Frühsommer 1981 hatte sich die SPD für die Null-Lösung entschieden. Egon Bahr erklärte am 29. Mai 1981: „Es bleibt das erklärte Ziel der SPD, die Nulloption zu erreichen.“ (Zitiert nach Die Welt, 19. Februar 1983)

Doch bereits kurz nach Beginn der Verhandlungen lehnte Breschnew das westliche Null-Lösungskonzept ab. Als erster ging Egon Bahr auf die sowjetische Ablehnung ein und schlug vor, die Null-Lösung auf den Westen zu beschränken und die Sowjetunion nicht mit einzubeziehen. (Zitiert nach Die Welt, 16. Februar 1982)

Nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 schwenkte die SPD dann auf breiter Front auf den sowjetischen Kurs gegen die westliche Null-Lösung ein. Vogel, Ehmke, Bahr, Brandt und andere sprachen sich gegen die Null-Lösung aus. Die Begründung: Eine Null-Lösung sei den Sowjets nicht zumutbar. (Egon Bahr, zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. August 1983)

Zweiter Unfall:

Noch auf dem Nürnberger Parteitag von 1986 gab die SPD der Null-Lösung eine Abfuhr. Erst als die Sowjetunion in Reykjavik die westliche Forderung zur Null-Lösung akzeptierte, schwenkte die SPD auf diesen neuen sowjetischen Kurs ein und unterstützte die Null-Lösung.

Der dreifache Kurswechsel der SPD bei der Berücksichtigung nuklearer Systeme von Dritt-Staaten

Erster Kurswechsel:

Die von der SPD ursprünglich unterstützte Position der Null-Lösung für die Mittelstreckenwaffen sah die Einbeziehung britischer und französischer Systeme nicht vor. Doch im Februar 1982 meldete die Sowjetunion Bedenken gegen die Nichtberücksichtigung der nuklearen Systeme Frankreichs und Großbritanniens an. Bereits wenige Tage danach forderte Egon Bahr, man müsse den Sowjets eine Anzahl von SS-20 zugestehen, die dem vorhandenen britischen und französischen Potential entspräche. (Zitiert nach Die Welt, 15. Februar 1982)

Zweiter Kurswechsel:

Am 21. Dezember 1982 wurde die Einbeziehung der französischen und britischen Systeme zur offiziellen Verhandlungsposition der Sowjetunion.

Bereits im Januar 1983 unterstützte der damalige Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel diese sowjetische Auffassung. (vgl. Die Welt, 17. Januar 1983) Die SPD stellte sich damit gegen die offizielle westliche Verhandlungsposition.

Dritter Kurswechsel:

Bei Neubeginn der Abrüstungsverhandlungen im Januar 1985 legte die Sowjetunion ihre Forderung nach Berücksichtigung britischer und französischer Atomwaffen wieder vor. Die SPD unterstützte diese Haltung. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 1985)

Im vergangenen Jahr in Reykjavik gab die Sowjetunion ihren Widerstand gegen die Nichtberücksichtigung der Dritt-Staaten-Systeme auf und sofort ließ auch die SPD diese Forderung fallen.

Verharmlosung der sowjetischen konventionellen Überlegenheit

Für den sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und seinen Verteidigungsminister Hans Apel waren „in Mitteleuropa und an den europäischen Flanken (...) die konventionellen Kräfte des Warschauer Paktes, vor allem seine Landstreitkräfte, denen der NATO eindeutig überlegen.“ (Weißbuch 1979, S. 118) Damals sahen sie darin „Grund für Mißtrauen“ (a. a. O., S. 119).

Seit dem Regierungswechsel 1982 verharmlosten SPD-Politiker die sowjetische Überlegenheit und leugnen eine Bedrohung im konventionellen Bereich. Weder in den Parteitagebeschlüssen von Nürnberg 1986 noch im Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD vom Juni 1986 findet sich eine realistische Bedrohungsanalyse. Prominente Sozialdemokraten üben sich vielmehr im Verharmlosen. Andreas von Bülow, bis vor kurzem Vorsitzender der sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand: Die Sowjetunion sei „weder konventionell noch atomar so stark“, daß sie „aus militärischen Aktionen Gewinn ziehen könnte“. (Andreas von Bülow, Die eingebildete Unterlegenheit. Das Kräfteverhältnis West — Ost wie es wirklich ist, München 1985, S. 110)

Hermann Scheer, abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, vor wenigen Tagen im Deutschen Bundestag: „Die erbärmlichste Behauptung ist die einer angeblichen 3 : 1 Überlegenheit des Warschauer Paktes bei konventionellen Truppen. Eine solche Überlegenheit von 3 : 1 gibt es nicht.“ (Plenarprotokoll vom 7. Mai 1987, S. 564)

Für Egon Bahr ist es schon seit Jahren „reiner Blödsinn zu sagen, daß die Russen uns drohen“. (Deutschlandfunk, 20. Mai 1983)

Die SPD übernimmt sowjetische Forderung nach C-Waffen-freier Zone in Europa

Der Westen setzt sich für die weltweite Abschaffung aller C-Waffen ein. Obwohl auch die Sowjetunion sich zu diesem Ziel bekennt, schlug sie parallel Anfang 1984 eine regionale Einschränkung für C-Waffen in Europa vor. Sofort griff die SPD dies auf: „Dieser Vorschlag ist zu begrüßen.“ (Egon Bahr, Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 12. Januar 1984)

Zielstrebig verhandelte die SPD daraufhin mit der kommunistischen SED über ein Rahmenabkommen zur Schaffung einer chemiewaffen-freien Zone in Mitteleuropa, das am 19. Juni 1985 unterzeichnet wurde. Bis heute stellt sich die SPD gegen die westliche Ablehnung eines solchen Zonenkonzeptes und unterstützt einseitig die Haltung des Warschauer Paktes. Hans-Jochen Vogel erklärte, für die von seiner Partei geforderte chemiewaffen-freien Zone gäbe es „offenbar auch die Rückendeckung von Moskau“. (Radio Tele-Luxemburg, 16. November 1986)

Die SPD schwenkt auf die sowjetische Ablehnung von SDI ein

Bis heute lehnen die Sozialdemokraten die strategische Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten mit Argumenten ab, die mit den sowjetischen Einwänden identisch sind. Beide Seiten geben sich wechselweise Stichworte, um gegen SDI zu polemisieren.

Einige Beispiele:

Moskau sagt:

- SDI führt zu einer „Militarisierung des Weltraums“.
(Generalstabschef Sergej Achromew, zitiert nach „Sowjetunion heute“, 5. Juni 1985)
- durch SDI „werde das Hochrüsten sich in allen Richtungen und auf allen Ebenen vollziehen“.
(Verteidigungsminister Sokolow in einem „Prawda“-Interview)

Die SPD sagt:

- SDI führt zu einer „Militarisierung des Weltraums“.
(SPD-Obmann Karsten Voigt, Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 15. Mai 1984)
- durch SDI „würde die Einführung von SDI-Systemen zu einem neuen technologischen Rüstungswettlauf führen.“
(Karsten Voigt, SPD-Pressedienst 13. November 1986)

■ SDI bietet die Möglichkeit,
„einen Erstschatz zu führen.“
(a. a. O.)

■ „wer einen Gegenschlag nicht zu
befürchten braucht, weil er über ein
zuverlässiges Raketenabwehrsystem
verfügt, kann risikolos angreifen.“
(Horst Ehmke, Pressemitteilung der
SPD-Bundestagsfraktion, 16. Oktober
1984)

Die SPD übernimmt die sowjetische Forderung nach einem Atomtest-Moratorium

Am 6. August 1985 verkündete die Sowjetunion einseitig ein Atomtest-Moratorium und forderte die amerikanische Regierung auf, sich anzuschließen und keine Nukleartests mehr durchzuführen. Die SPD übernahm diese Forderung und stimmte auch der sowjetischen These zu, damit werde das Wettrüsten gestoppt. Willy Brandt: „Wer das Wettrüsten zum Stehen bringen will, der muß sich irgendwann einmal entscheiden, Stopp zu sagen.“ (Vorwärts, 19. Oktober 1985)

Die Sozialdemokraten setzten sich über die sicherheitspolitischen Bedenken des Westens hinweg und bekräftigten ihre Unterstützung für die sowjetische Forderung nach dem „sofortigen Verzicht auf Atomtests“ auf ihrem Nürnberger Parteitag (25. bis 29. August 1986).

Das Argument, ein sofortiger Test-Stopp läge nicht im westlichen Sicherheitsinteresse, wischte Hans-Jochen Vogel mit dem anti-amerikanischen Argument vom Tisch, die weitere Fortsetzung des Rüstungswettlaufs sei nun eindeutig von der amerikanischen Seite zu verantworten. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. April 1986)